

Antrag

6.10 Rentenpolitische Forderungen des BDKJ

Antragsteller*in: Kolpingjugend Deutschland

Antragstext

1 Die BDKJ-Hauptversammlung möge beschließen:

2 **Vertrauen stärken – Rentensystem zukunftssicher** 3 **umbauen**

4 Die Hauptversammlung legt sich auf folgende Grundsätze für ein gerechteres und
5 solidarisches System zur Altersvorsorge fest:

6 Wir stellen fest, dass viele Jugendliche das Vertrauen in das deutsche
7 Rentensystem verloren haben. Während die gesetzliche Rente bisherigen
8 Generationen von Rentner*innen weitestgehend die Sicherung ihres Lebensstandards
9 über die Erwerbsphase hinaus garantierte, befürchten viele junge Menschen, dass
10 ihre eigene Rente nicht einmal mehr zur Grundsicherung ausreichen wird. Daher
11 fordern wir eine Reform, denn der gesellschaftliche Frieden beruht auf einem
12 gerechten und funktionierenden Alterssicherungssystem.

13 In den von der Bundesregierung 2001 beschlossenen Rentenreformen wurde
14 klargestellt, dass die gesetzliche Rente nur noch ein Bestandteil zur Sicherung
15 des Lebensstandards in der Altersphase sein kann. Seitdem wurde das Prinzip
16 Eigenverantwortung propagiert.

17 Vor dem Hintergrund des schon damals zunehmenden demografischen Drucks in der
18 gesetzlichen Rentenversicherung wurde klargestellt: Arbeitnehmer*innen sollten
19 eine zusätzliche private und betriebliche Altersvorsorge betreiben, da ein
20 lebensstandardsichernder Ruhestand, der ausschließlich auf den Bezügen aus der
21 gesetzlichen Rentenversicherung basiert, nicht mehr ohne Weiteres garantiert
22 werden konnte.

23 Im Jahr 2020 hat die Bundesregierung den Vorschlag einer sogenannten
24 „Grundrente“ erarbeitet. Dieser wird als ein erster Schritt in die richtige
25 Richtung begrüßt. Leider wird dieses Konzept nur für einen bestimmten Teil der
26 Versicherten mit geringen Alterseinkommen wirksam: In voller Höhe berücksichtigt
27 die Grundrente nur Versicherte, die mindestens 35 Beitragsjahre vorweisen
28 können. Viele alte Menschen in der Grundsicherung erfüllen diese Voraussetzung
29 jedoch nicht. Die Grundrente ist daher keine zielgenaue Lösung gegen
30 Altersarmut. Auch ist das Berechnungs- und Bewertungsverfahren der Grundrente
31 komplex und undurchsichtig. Das Konzept bietet keine verlässliche Größe für
32 Versicherte und bietet keine Planungsgrundlage für Entscheidungen im
33 Erwerbsverlauf.

34 Zudem stellen wir fest, dass alle rentenpolitischen Konzepte nur bis zum Jahr
35 2030 reichen. Insbesondere für die Zeit danach braucht es jetzt neue

36 Perspektiven, da ab diesem Zeitpunkt die große Generation der Baby Boomer*innen
37 in Rente geht und bereits im Jahr 2020 das Verhältnis von Rentner*innen zu
38 Beitragszahler*innen 1:1,9 betrug.

39 Um uns jungen Menschen das Vertrauen zurückzugeben, bedarf es einer
40 grundlegenden und weitreichenden Rentenreform, die sich von den oft
41 kleinteiligen Reformen der vergangenen Jahrzehnte unterscheidet. Das
42 Umlageverfahren, dessen Vorteile in der zurückliegenden Finanzkrise und der
43 aktuellen Niedrigzinsphase deutlich wurden, soll nach wie vor ein
44 Hauptbestandteil der gesetzlichen Rentenversicherung sein. Um jedoch dem immer
45 größer werdenden Problem der Altersarmut vorzubeugen, bedarf es weiterer
46 solidarischer Grundsicherungsmechanismen, die gemeinschaftlich alle Bürger*innen
47 miteinbeziehen.

48 Bei der anstehenden und notwendigen Reform des Rentensystems, sollten folgende
49 Punkte berücksichtigt werden:

50 **Grundsicherung durch eine steuerfinanzierte Sockelrente**

51 Der Anteil der über 65-Jährigen, die im Alter armutsgefährdet sind, nimmt zu.
52 "Während 2006 jeder zehnte Ruheständler von Altersarmut bedroht war, war es 2013
53 schon jeder siebte. Besonders häufig betroffen sind Frauen, Alleinstehende,
54 Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund. [1]" Studien zufolge
55 könnte bis 2035 sogar jede*r vierte oder fünfte Rentner*in in Altersarmut
56 abrutschen [2].

57 Wir fordern für alle eine rein steuerfinanzierte Sockelrente in Höhe des
58 soziokulturellen Existenzminimums [3]. Wir setzen darauf, dass mit der
59 Sockelrente allen Menschen, die das Vertrauen in das System verloren haben, eine
60 Sicherheit für ihre Altersphase zurückgegeben wird.

61 **Leistungsgerechtigkeit durch eine neue** 62 **Erwerbstätigenversicherung**

63 Auf die steuerfinanzierte Sockelrente aufbauend werden in einer
64 umlagefinanzierten Erwerbstätigenversicherung weitere Rentenanwartschaften
65 erwirtschaftet.

66 Die Erwerbstätigenversicherung soll zusammen mit der o.g. Sockelrente nicht nur
67 Altersarmut verhindern. Sie soll den bisherigen individuellen Lebensstandard der
68 Beitragszahlenden sichern. Hierbei soll das Äquivalenzprinzip gewahrt werden,
69 nach dem sich die Höhe der im Ruhestand ausgezahlten monatlichen Rente nach der
70 Höhe und Dauer der im Erwerbsleben gezahlten Beiträge bemisst.

71 Wir fordern, alle außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung bestehenden
72 Versorgungssysteme aufzulösen und alle Bürger*innen in einem einheitlichen
73 System der Erwerbstätigenversicherung zu versorgen, um eine durchgängige
74 Solidarität in der Gesellschaft zu schaffen. Hierzu wäre eine Stichtagslösung
75 zum 01.01.2030 denkbar. Ab diesem Stichtag stellen wir uns zwei verschiedene
76 Formen des Übergangs vor: Entweder zahlen dann alle Menschen unterhalb einer
77 Altersgrenze (z. B. 30 Jahre) in die neue Erwerbstätigenversicherung ein oder
78 alle Menschen, die kürzer als einen gewissen Gesamtzeitraum (z. B. fünf Jahre)

79 in ihr bestehendes Versorgungssystem eingezahlt haben, zahlen dann in die neue
80 Erwerbstätigenversicherung ein.

81 **Kapitalmarktgedeckte Komponente als Alternative zur** 82 **umstrittenen Riester-Rente**

83 Durch einen kapitalmarktgedeckten Fonds, der bei der Deutschen
84 Rentenversicherung angesiedelt ist, entfallen hohe Abschluss- und
85 Verwaltungsgebühren der privaten Kapitalanlage im Gegensatz zur Riester-Rente.
86 So können die Vorteile des Kapitalmarktes zu einem kleinen Teil genutzt werden,
87 um den demografischen Druck, der auf der Rentenversicherung lastet, ein
88 stückweit zu verringern.

89 Wir fordern, dass jede*r Rentenversicherte, der*die über keine private
90 Altersvorsorge verfügt einen verpflichtenden Beitrag in einen
91 kapitalmarktgebundenen Fonds einzahlt, der bei der Deutschen Rentenversicherung
92 angesiedelt ist.

93 **Leistungen junger Menschen stärker berücksichtigen**

94 Wir fordern, dass schulische Ausbildungsgänge und ein Erststudium bis zur
95 Regelstudienzeit angemessen berücksichtigt werden müssen, um entstehende Lücken
96 in der Erwerbsbiografie auszugleichen. Dadurch wird zum Ausdruck gebracht, dass
97 auch in einer schulischen Ausbildung bzw. einem Studium bereits Leistungen
98 erbracht werden, welche es im Hinblick auf die spätere Rente eines jeden
99 Einzelnen zu berücksichtigen gilt.

100 Wir fordern auch, dass junge Menschen in ordentlichen
101 Beschäftigungsverhältnissen angestellt werden, um im Alter einen finanziell
102 sorgenfreien Ruhestand genießen zu können. Der Einstieg in ein reguläres
103 Beschäftigungsverhältnis nach Ausbildung oder Studium muss der Regelfall sein.
104 Junge Menschen dürfen nicht durch Praktika, Honorartätigkeiten oder Minijobs
105 ausgebeutet werden. Denn auch dies stellt eine entscheidende Hürde auf dem Weg
106 zu einer auskömmlichen Rente dar.

107 **Flexibilisierung des Renteneintritts**

108 Das Renteneintrittsalter muss dynamisch an die Entwicklung der
109 durchschnittlichen Lebenserwartung gekoppelt werden. Jedoch ist nach 45
110 Beitragsjahren ein vorzeitiger abschlagsfreier Renteneintritt möglich. Neben der
111 Erwerbstätigenversicherung beginnt dann auch der Bezug der Sockelrente. Durch
112 diese Regelung wird einem frühen Berufseinstieg Rechnung getragen.

113 Wir fordern, dass das bestehende Prinzip flexibler Renteneintritte weiter
114 ausgebaut werden soll, wie z.B. die Erwerbsminderungsrente, um eine
115 individuellere und selbstbestimmtere Altersphase zu ermöglichen.

116 **Rente muss schon für junge Menschen Thema sein**

117 Um junge Menschen schon frühzeitig für die Altersvorsorge zu sensibilisieren,
118 muss dieses Thema bereits im Schulunterricht behandelt werden. Ebenfalls muss
119 das Rentensystem in den Mittelpunkt der non-formalen Bildungsarbeit, wie z.B.
120 der Jugendverbandsarbeit, gerückt werden.

121 Wir fordern die Kultusministerkonferenz auf, eine Verständigung zur bundesweiten
122 Umsetzung des Themas Rente im Schulunterricht herbeizuführen.

123 Wir fordern auch Rentenversicherungsträger und die Bundesregierung auf,
124 Materialien in zielgruppengerechter Sprache zur Verfügung zu stellen, um die
125 Jugendarbeit zu unterstützen.

126 Wir fordern zuletzt, dass diese Grundsätze in die inner- und außerverbandliche
127 Diskussion, wie z.B. den DBJR getragen werden sollen, sowie in Gespräche mit
128 Mandatsträger*innen und Rentenexpert*innen eingebracht werden.

129 Mit diesen Ideen sehen wir auch für die Zeit nach 2030 eine rentenpolitische
130 Perspektive, die zukunftssicher und generationengerecht ist und vor allem die
131 junge Generation entlastet, weil die Grundabsicherung im Alter nachhaltig und
132 transparent gesichert ist.

133 [1] Vgl. [https://www.bertelsmann-
134 stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/das-armutsrisiko-
135 im-alter-steigt-regional-unterschiedlich/](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/das-armutsrisiko-im-alter-steigt-regional-unterschiedlich/)

136 [2] Vgl. z.B.
137 [https://www.diw.de/de/diw_01.c.824031.de/publikationen/diw_aktuell/2021_0072/min-
138 destrente_absicherung_gegen_altersarmut_und_notwendiger_baustein_fuer_weitere_r-
139 eformen.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.824031.de/publikationen/diw_aktuell/2021_0072/mindestrente_absicherung_gegen_altersarmut_und_notwendiger_baustein_fuer_weitere_reformen.html)

140 [3] Derzeit rund 784 Euro pro Monat für Alleinstehende sowie 1.295 Euro für
141 Ehepaare (siehe [12. Existenzminimumbericht der Bundesregierung](#))